



N I E D E R S C H R I F T

zum öffentlichen Teil

der 72. Sitzung des Jugendhilfeausschusses (JH(2)/072/2009)

am Donnerstag, 26.11.2009,

18:00 Uhr

**im Neuen Rathaus, Festsaal,
Rathausplatz 1, 01067 Dresden**

Beginn der Sitzung: 19:30 Uhr

Ende der Sitzung: 21:00 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Tilo Kießling

CDU-Fraktion

Silke Schöps
Patrick Schreiber

Mitglieder

Monika Aigner
Franz-Josef Fischer

stimmberechtigte Mitglieder

Thomas Engel
Tobias Heinemann
Thomas Müller
Rainer Pietrusky
Christoph Stolte

beratende Mitglieder

Wolfgang Bec
Sabine Bibas
Angelika Fischer
Christina Koch
Claus Lippmann
Jens Raubach
Martin Seidel
Georg Zimmermann

Stellvertretende Mitglieder

Peter Berauer	Vertretung für Herrn Jens Genschmar
Sabine Friedel	Vertretung für Herrn Thomas Blümel
Dorothee Hinze	Vertretung für Herrn Markus Degenkolb
Claudia Joseit	Vertretung für Frau Kristina Winkler
Stephan Kühn	Vertretung für Herrn Jens Hoffsommer
Markus Steindecker	

Abwesend:

Vorsitzende

Helma Orosz

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Jens Hoffsommer

SPD-Fraktion

Thomas Blümel

FDP-Fraktion

Jens Genschmar

beratende Mitglieder

Dirk Bachmann
Markus Degenkolb
Valentina Marcenaro
Kristina Winkler
Roland Wirlitsch
Thomas Wünsche

Verwaltung:

Herr Tostmann	Abteilung Stadtratsangelegenheiten
Frau Jagdschian	Abteilung Stadtratsangelegenheiten
Frau Glöckner	Eigenbetrieb Kindertageseinrichtungen
Frau Franzke	Eigenbetrieb Kindertageseinrichtungen
Frau Zimmermann	Jugendamt
Frau Hipke	Jugendamt
Herr Pabst	Jugendamt
Frau Hedrich	Jugendamt
Frau Greif	Jugendamt
Frau Haase	Geschäftsbereich Soziales

Gäste:

Vertreterinnen/Vertreter des Deutschen
Kinderschutzbundes

Vertreterinnen/Vertreter von verschiedenen
Vereinen

Leider hat sich niemand trotz Aufforderung in die Gästeliste eingetragen. Somit konnten keine Namen erfasst werden.

Schriftführerin

Sindy Gebhardt

|

T A G E S O R D N U N G

Öffentlich

- | | | |
|---|--|---|
| 1 | Vorstellung der Umfrage des Deutschen Kinderschutzbundes zu "20 Jahre Kinderrechte" | |
| 2 | Verfahrensergänzung zum Beschluss "Übergabe von Kindertageseinrichtungen an Träger der freien Jugendhilfe" | V0079/09
beratend
(federführend) |
| 3 | Kitaplätze schaffen - Investitionsvorhaben bei Kitas beschleunigen | A0019/09
beratend |
| 4 | Verbesserung der Betreuungsqualität in den Dresdner Kindertagesstätten | A0004/09
beratend
(federführend) |
| 5 | Schülerbeförderung 77. Grundschule | A0003/09
beratend |
| 6 | Informationen | |

Nicht öffentlich

- | | | |
|---|---------------|--|
| 7 | Informationen | |
|---|---------------|--|

öffentlich

Herr **Stadtrat Kießling** eröffnet die reguläre Sitzung des Jugendhilfeausschusses in der Besetzung der stimmberechtigten Mitglieder der Wahlperiode 2004 bis 2009 und der beratenden Mitglieder der Wahlperiode 2009 bis 2014. Er begrüßt die Mitglieder, die Vertreter der Verwaltung sowie die Gäste. Beschlussfähigkeit ist hergestellt. Zur Sitzung wurde frist- und formgemäß eingeladen.

Der Tagesordnungspunkt 2 wird aufgrund der noch nicht abschließenden Beratung im Unterausschuss Kindertagesbetreuung vertagt.

Die so geänderte Tagesordnung wird bestätigt und Herr Stadtrat Kießling geht in den Tagesordnungspunkt 1 über.

1 **Vorstellung der Umfrage des Deutschen Kinderschutzbundes zu "20 Jahre Kinderrechte"**

Die Geschäftsführerin Frau Heubner-Christa sowie der Fachberater Herr Sauer des Deutschen Kinderschutzbundes stellen die Präsentationsergebnisse der Umfrage des Deutschen Kinderschutzbundes zu „20 Jahre Kinderrechte“ anhand einer Power-Point-Präsentation vor.

Die Präsentation ist der Niederschrift beigelegt.

Frau **Heubner-Christa** bedankt sich für die Einladung und das Interesse an der Vorstellung.

Einführend gibt sie einen kurzen Überblick zur Geschichte der Kinderrechte. Am 20.11.2009 feierten die Kinderrechte ihr 20-jähriges Jubiläum.

Die Vollversammlung der vereinigten Nationen habe am 20.11.1989 das Übereinkommen über die Rechte der Kinder erstmals verbindlich beschlossen und festgeschrieben, konstatiert Frau Heubner-Christa. Diese UN-Konvention sei das am meisten gezeichnete Menschenrechtsdokument. In der Bundesrepublik Deutschland traten die Kinderrechte am 05.04.1992 in Kraft.

Im Anschluss an die Präsentation werde den Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses eine Handreichung vom Deutschen Kinderschutzbund ausgehändigt.

Frau Heubner-Christa stellt die weiterhin die 10 wichtigsten der 41 Kinderechte vor und übergibt anschließend das Wort ihrem Kollegen Herrn Sauer.

Herr **Sauer** präsentiert nun die Umfrageergebnisse. Er wurde eine sachsenweite Befragung von Kindern und Erwachsenen durchgeführt. Insgesamt wurden in Dresden 473 Personen befragt, davon 214 Erwachsene und 259 Kinder. Der Großteil der Kinder war 9 Jahre alt.

Im Ergebnis der Umfrage stellt Herr Sauer heraus, dass die Rechte auf Gleichheit und Schutz vor Gewalt am bedeutendsten seien sowie am häufigsten verletzt werden.

Des Weiteren zeigt Herr Sauer Lösungsvorschläge der Kinder und Erwachsenen auf.

Außerdem erläutert er die Berufswünsche der Kinder. Voran gehen die Sozialberufe bzw. die öffentlichen Berufe mit 26 %.

Die Mehrheit der Kinder wünsche sich und ihrer Familie ein glückliches Familienleben und Gesundheit.

Zum Abschluss versucht Frau Heubner-Christa, Handlungsempfehlungen des Deutschen Kinderschutzbundes für Dresden abzuleiten. Dies seien z. B. die Bekenntnis der Stadt Dresden, die Beschreibung einer Umsetzungskonzeption zur Bekanntmachung der Kinderrechte, das Erstellen eines Maßnahmekataloges zur schrittweisen integralen Umsetzung der 10 Grundrechte sowie die Entwicklung von Wirkungs- und Handlungszielen.

Frau Heubner-Christa dankt für die Aufmerksamkeit.

Herr **Stadtrat Kießling** merkt an, dass das Thema Kinderrechte sehr präsent sei. Er bittet darauf Acht zu geben, dass keine Einschränkungen der Kinderrechte vorkommen.

Es besteht kein Diskussionsbedarf, der Tagesordnungspunkt wird geschlossen.

- | | | |
|----------|---|---|
| 2 | Verfahrensergänzung zum Beschluss "Übergabe von Kindertageseinrichtungen an Träger der freien Jugendhilfe" | V0079/09
beratend
(federführend) |
|----------|---|---|

- inhaltsleer -

Vertagung aufgrund der noch nicht abschließenden Beratung im Unterausschuss Kindertagesbetreuung.

- | | | |
|----------|---|------------------------------|
| 3 | Kitaplätze schaffen - Investitionsvorhaben bei Kitas beschleunigen | A0019/09
beratend |
|----------|---|------------------------------|

Herr **Stadtrat Schreiber** erläutert und begründet den Antrag. Zudem gibt er noch einige Anmerkungen zum dritten und vierten Anstrich des ersten Punktes des Beschlussvorschlages.

Er verweist auf die vorliegende Beschlussempfehlung des Unterausschusses Kindertagesbetreuung und schlägt vor, das Datum im Punkt 2 des Beschlussvorschlages auf den **31.03.2010** und das Datum im Punkt 3 des Beschlussvorschlages auf den **31.01.2010** zu ändern.

Da der Punkt 1 des Beschlussvorschlages im Unterausschuss Kindertagesbetreuung abgelehnt wurde, bittet er dennoch um Zustimmung seitens des Jugendhilfeausschusses.

Zum ersten Punkt des Beschlussvorschlages kritisiert Herr **Engel** unter anderem die Umlagerung der Kinder in andere Einrichtungen, wenn Investitionsvorhaben bzw. Rekonstruktionen vorgesehen sind. Außerdem beanstandet er, dass bereits verplante Mittel für neue Projekte eingesetzt werden – siehe dritter Anstrich des ersten Punktes.

Grundsätzlich erachte Herr Engel den Antrag für positiv, dennoch bittet er aufgrund der Kritik des ersten Punktes um punktweise Abstimmung des Antrages.

Herr **Stadtrat Schreiber** fügt hinzu, dass es nicht Sinn und Zweck der Sache sei, durch so ein Verfahren „miese“ zu machen. Er verweist nochmals auf den vierten Anstrich des ersten Punktes. Als Alternativstandort meine man ein Grundstück im gleichen Sozialraum, betont Herr Stadtrat Schreiber.

Strittig sei im Grunde nur der dritte Anstrich des ersten Punktes des Beschlussvorschlages, stellt Herr **Müller** klar. Durch die Ablehnung des ersten Punktes im Unterausschuss Kindertagesbetreuung sei der Kern des Antrages zerstört. Gesucht werde schließlich ein Verfahren, das die notwendige Schaffung von Kindertagesbetreuungsplätzen in Dresden beschleunige. Er bittet um Meinungsäußerung der Verwaltung.

Aus Sicht von Herrn **Stadtrat Kießling** stelle sich der Antrag als unproblematisch dar und ihm könne zweifelsfrei zugestimmt werden. Es sei ein politischer Auftrag, einen Weg zu finden, die Schaffung von Kitaplätzen zu beschleunigen.

Herr **Stadtrat Kühn** möchte noch detaillierte Informationen der Verwaltung zur Umsetzung des Antrages. Welche Veränderungen seien im Verwaltungshandeln zu erwarten?

Im Fachplan stehen ausführliche Informationen zur Bedarfsdeckung im laufenden Schuljahr sowie in den kommenden Schuljahren, stellt Frau **Bibas** heraus. Die Anzahl der für eine Kindertageseinrichtung zu bebauenden Grundstücke halten sich in der dicht besiedelten Stadt wie Dresden stark in Grenzen aufgrund gesetzlicher Einschränkungen. Es wurden bereits mehrere Ausschreibungen vorgenommen, um die Bedarfe zu decken. Frau Bibas verdeutlicht, dass die Erhaltung einer von der Stadt Dresden gebauten Kindertageseinrichtung auf 30 Jahre ausgelegt sei. Die Möglichkeiten, ein Bauvorhaben zu beschleunigen, seien aufgrund der Beachtung vieler Kriterien und Gesetzlichkeiten relativ gering.

Herr **Stolte** beantragt die Abstimmung des Antrages mit Übernahme der Terminänderungen im Punkt 2 (31.03.2010) und 3 (31.01.2010).

Hiezu stellt sich für Herrn **Heinemann** die Frage, ob die Termine eingehalten werden können.

Eingehend auf die Frage von Herrn Heinemann legt Herr Stadtrat **Schreiber** dar, dass die Daten realisierbar seien.

Es besteht kein weiterer Diskussionsbedarf. Herr **Stadtrat Kießling** bringt den Antrag zur punktweisen Abstimmung. Die Punkte 2 bis 4 werden auf Grundlage der Beschlussempfehlung des Unterausschusses Kindertagesbetreuung abgestimmt.

Der Tagesordnungspunkt wird nach erfolgter Abstimmung geschlossen.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt,

1. das Verfahren innerhalb der Stadtverwaltung zur Realisierung von Investitionsvorhaben zur Schaffung von Kindertagesbetreuungsplätzen in Dresden zu beschleunigen. Folgende Schwerpunkte sollen dabei besonders berücksichtigt werden:

- Vereinfachung der Verwaltungsabläufe bei Investitionsvorhaben zum Bau neuer Kindertageseinrichtungen durch die Stadt Dresden,
- Vereinfachung der Verwaltungsabläufe bei Investitionsvorhaben zum Bau neuer Kindertageseinrichtungen durch Privatinvestoren,
- eine flexiblere Anpassung oder Änderung im Maßnahmeplan des Bedarfsplans Kindertageseinrichtungen auch zwischenjährlich prüfen und ermöglichen, sofern ein Investitionsvorhaben an anderer Stelle im gleichen Sozialraum durch einen Privatinvestor schneller und effektiver umgesetzt werden kann,
- die Verhandlungsverfahren mit Dritten zum Erwerb von Grundstücken für den Neubau von Kitas verkürzen und wenn nötig, eher als gescheitert beenden und nach Alternativstandorten suchen;

2. dem Stadtrat bis zum **31.03.2010** zu berichten, welche Verfahrensschritte seitens der Stadtverwaltung für Investitionsvorhaben im Kitabereich beschleunigt werden können;
3. dem Betriebsausschuss für Städtische Krankenhäuser und Kindertageseinrichtungen sowie dem Jugendhilfeausschuss bis zum **31.01.2010** eine Übersicht über die derzeit laufenden Grundstücksverhandlungen mit Dritten und deren bisherige Verhandlungsdauer vorzulegen;
4. dem Betriebsausschuss für Städtische Krankenhäuser und Kindertageseinrichtungen sowie dem Jugendhilfeausschuss entsprechend dem Punkt 3 eine Übersicht über mögliche Alternativgrundstücke im gleichen Sozialraum zu den Grundstücksverhandlungen, die bisher länger als 6 Monate andauern, vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

punktweise Abstimmung

Abstimmung Punkt 1: Zustimmung

Ja	9
Nein	1
Enthaltung	4

Abstimmung Punkte 2 bis 4: Zustimmung

Ja	14
Nein	0
Enthaltung	0

4 Verbesserung der Betreuungsqualität in den Dresdner Kindertagesstätten

**A0004/09
beratend
(federführend)**

Herr **Stadtrat Kühn** bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Herr **Stadtrat Schreiber** stellt den Antrag, im Punkt 1 des Beschlussvorschlages die Betreuungsschlüssel „1:4“ und „1:10“ aus dem Antrag zu streichen, denn die Absenkung der Betreuungsschlüssel koste allein der Stadt Dresden 35 Mio. EUR pro Jahr. Ebenso solle das Wort „schrittweise“ vor dem Wort Verbesserung eingefügt werden, gemäß der Empfehlung des Betriebsausschusses für Städtische Krankenhäuser und Kindertageseinrichtungen sowie des Unterausschusses Kindertagesbetreuung.

In der Beschlussempfehlung des Unterausschusses Kindertagesbetreuung solle der Punkt 2 des Beschlussvorschlages um folgenden Satz ergänzt werden:

„Dabei darf die Mindestanforderung „staatlich anerkannter Erzieher“ nicht unterschritten werden.“

Hierzu sei für Herrn Stadtrat Schreiber von Interesse, ob diejenigen, die in Leipzig Erziehungswissenschaften studiert haben, die gleiche Anforderung wie ein „staatlich anerkannter Erzieher“ haben.

Eingehend auf die Frage von Herrn Stadtrat Schreiber erklärt Frau **Bibas**, dass man den Schwerpunkt des Studiums betrachten müsse. Ein Studium mit Schwerpunkt Erwachsenenbildung sei somit ungeeignet, denn es fehlen die Kenntnisse der frühkindlichen Bildung. Für die hochqualifizierten Abschlüsse wäre es hilfreicher, ergänzend noch ein Curriculum zu absolvieren und dadurch die Möglichkeit der Anerkennung zu erhalten. Sie verweist auf die Stellungnahme des Sächsischen Städte- und Gemeindetages.

Der Änderungsantrag von Herrn Stadtrat Schreiber wird mit 3/10/1-Stimmen abgelehnt.

Herr **Stadtrat Kießling** bringt den Antrag nun auf Grundlage der Beschlussempfehlung des Unterausschusses Kindertagesbetreuung zur punktweisen Abstimmung.

Der Tagesordnungspunkt wird nach erfolgtem Votum beendet.

Beschlussvorschlag:

1. Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, sich bei der Sächsischen Staatsregierung und den Fraktionen von CDU, LINKE, SPD, FDP und GRÜNE im Sächsischen Landtag für eine **schrittweise** Verbesserung des Betreuungsschlüssels in Kindertagesstätten auf 1:4 in der Krippe und 1:10 im Kindergarten einzusetzen.
2. Die Oberbürgermeisterin wird weiterhin beauftragt, sich bei der Sächsischen Staatsregierung und den Fraktionen von CDU, LINKE, SPD, FDP und GRÜNE im Sächsischen Landtag für die Änderung der Sächsischen Qualifikations- und Fortbildungsverordnung pädagogischer Fachkräfte (SächsQualiVO) mit dem Ziel, einer vereinfachten Anerkennung bzw. Zulassung verwandter Berufsgruppen für die Arbeit mit Kindern in Kindertagesstätten einzusetzen. **Dabei darf die Mindestanforderung „staatlich anerkannter Erzieher“ nicht unterschritten werden.**

Abstimmungsergebnis:

punktweise Abstimmung

Abstimmung Punkt 1: Zustimmung

Ja	11
Nein	0
Enthaltung	3

Abstimmung Punkt 2: Zustimmung

Ja	14
Nein	0
Enthaltung	0

5 Schülerbeförderung 77. Grundschule

A0003/09
beratend

Herr **Stadtrat Berauer** stellt den Antrag der FDP-Fraktion vor und begründet diesen. Er weist darauf hin, dass das Schuljahr auf **2010/2011** geändert werden müsse.

Trotz der Ablehnung des Antrages im Ortsbeirat Cotta und im Unterausschuss Jugendhilfeplanung bittet er um ein positives Votum des Jugendhilfeausschusses.

Der Vorsitzende des Unterausschusses Jugendhilfeplanung, Herr **Müller**, begründet die Ablehnung. Zum einen war das Votum (Zustimmung) des Ortsbeirates Mobschatz noch nicht bekannt und zum anderen war das Schulverwaltungsamt zur Sitzung anwesend. Es habe darauf aufmerksam gemacht, dass rein von der gesetzlichen Verpflichtung der Schülerverkehr nicht eingerichtet werden müsse. Ein weiteres Argument sei, dass die Eltern ihre Kinder mit öffentlichen Verkehrsmitteln zur Schule schicken sollen, denn der weiteste Weg betrage 800 m.

Herr **Stadtrat Kießling** signalisiert, dass nach dem Jugendhilfeausschuss noch der Ausschuss für Finanzen und Liegenschaften sowie der Ausschuss für Allgemeine Verwaltung, Ordnung und Sicherheit hierzu berate.

Der Antrag wird von Herrn Stadtrat Kießling zur Abstimmung gebracht. Er schließt den Tagesordnungspunkt nach erfolgter Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, zwischen den Ortsteilen Mobschatz und Stetzsch ab Beginn des Schuljahres **2010/2011** für die 77. Grundschule eine Schülerbeförderung im Rahmen des freigestellten Schülerverkehrs zu organisieren.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung mit Änderung

Ja	4
Nein	1
Enthaltung	9

6 Informationen

Mit Bedauern teilt Herr **Bürgermeister Seidel** mit, dass das Land zum 24.11.2009 die Kofinanzierung am Bundesprogramm Kommunalkombi eingestellt habe, da die Mittel des Landes ausgeschöpft seien. Nur die bis zum 24.11.2009 vom Bundesverwaltungsamt bewilligten Kommunalkombianträge – ca. 170 bis 180 – werden vom Land kofinanziert. Das Kontingent lag bei 350 möglichen Stellen, derzeit seien 100 Stellen besetzt. Dennoch werden die etwa 70 Anträge, die noch in Vorbereitung sind, zur Bearbeitung weitergeleitet.

Insgesamt können in Sachsen 5300 Stellen finanziert werden, konstatiert Herr Bürgermeister Seidel.

Resultierend auf Anfragen aus der letzten Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 13.11.2009 informiert Herr Bürgermeister Seidel zum aktuellen Stand des Sanierungskonzeptes Kinder- und Jugendeinrichtungen. Derzeit gäbe es ein vom Geschäftsbereich Finanzen und Liegenschaften erstelltes Sanierungskonzept mit Aussagen zu notwendigen Sanierungs-, Bau- und Neubaumaßnahmen. Dieses Konzept werde noch einer fachinhaltlichen Prüfung vom Jugendamt unterzogen. Erst dann könne eine Vorlage in Umlauf gebracht werden. Eine konkrete Zeitschiene sei noch nicht bekannt.

Frau **Bibas** bezieht sich auf die heute vor der Sitzung ausgereichte Studie „Flexible und passgenaue Öffnungszeiten in Kindertagesstätten“. Sie macht darauf aufmerksam, dass diese Studie in die politischen Gremien zur Kenntnisnahme gegeben werde und eine umfangreiche Beteiligung vorgesehen sei. Hinweise werden gern entgegengenommen.

Herr **Steindecker** informiert zum Problem der Mieter im Haus der Jugend auf der Wiener Straße 41. Das Liegenschaftsamt habe das Mietverhältnis zum 28.02.2010 gekündigt und ein Einzug nach vollendeter Sanierung sei ausgeschlossen. Entsprechende Alternativangebote wurden ebenso nicht unterbreitet. Die Suche nach neuen preiswerten Räumen in zentraler Lage gestalte sich als sehr schwierig. Die bereits bei der Oberbürgermeisterin angezeigten Mehrkosten – schätzungsweise 15.000 EUR bis 20.000 EUR – können trotz Einschränkungen und aufgrund des finanziell begrenzten Rahmens nicht verhindert werden, stellt Herr Steindecker heraus. Vorschläge für Räumlichkeiten werden gern entgegengenommen. Herr Steindecker bringt abschließend sein Bedauern zum Ausdruck und bedankt sich dennoch für die Unterstützung des Jugendamtes.

Hierzu bemerkt Herr **Müller**, dass der Stadtratsbeschluss zum Haus der Jugend aus den 90er Jahren möglicherweise hilfreich wäre.

Zur Personalsituation im ASD bittet Herr **Engel** um schriftliche Antwort seitens der Verwaltung innerhalb der nächsten 14 Tage. Zusätzlich solle die Antwort an Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses zur Kenntnis gegeben werden. Weiterhin regt Herr Engel an, dass Mitglieder des Jugendhilfeausschusses für 1 bis 2 Tage zu Klausuren gehen könnten, wo verschiedene Diskussionen zur Jugendhilfe geführt werden.

Der Wunsch für eine Klausur sei bereits bestätigt worden, äußert Herr **Stadtrat Kießling**. Der neu gewählte Jugendhilfeausschuss der Wahlperiode 2009 bis 2014 solle mit einer Klausur beginnen.

Frau **Stadträtin Friedel** gibt aktuelle Informationen zum Jugendzentrum A 19. Aufgrund einer neuen Dienstordnung für die Vergabe öffentlicher Aufträge solle das Anliegen erneut im Gremium aufgegriffen werden.

Wann werde die Auswertung des Mehrjahresförderungszeitraumes stattfinden, fragt Herr **Heinemann** nach.

Herr **Lippmann** nimmt die Anliegen von Frau Stadträtin Friedel und Herrn Heinemann zur Kenntnis.

Herr **Stadtrat Kießling** bemerkt, dass es hilfreich wäre, wenn den Mitgliedern wie im Stadtrat Beschlusserfüllungen zu Beschlüssen des Jugendhilfeausschusses zugehen.

Weitere Anfragen/Diskussionsbeiträge werden nicht eingebracht. Herr Stadtrat Kießling beendet den Tagesordnungspunkt.

Informationsbedarf zur Herstellung der Nichtöffentlichkeit gibt es nicht. Herr Stadtrat Kießling schließt die Sitzung des Jugendhilfeausschusses um 21:00 Uhr.

Tilo Kießling
stellvertretender Vorsitzender

Sindy Gebhardt
Schriftführerin

Patrick Schreiber
Mitglied

Stephan Kühn
stellvertretendes Mitglied